

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- | | |
|--|---|
| 37. Bedienstetenschutz in Kinderbetreuungseinrichtungen unter besonderer Berücksichtigung des Zytomegalievirus | 40. Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2019 |
| 38. Information zur Korruptionsprävention | 41. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2019 |
| 39. Information für die Gemeinden zum Tiroler Freizeitwohnsitzabgabegesetz (TFWAG) | <i>Verbraucherpreisindex für Juni 2019 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

37.

Bedienstetenschutz in Kinderbetreuungseinrichtungen unter besonderer Berücksichtigung des Zytomegalievirus

1. Allgemeines zum Bedienstetenschutz:

Der Dienstgeber hat aufgrund der allgemeinen Schutzbestimmung im § 3 des Tiroler Bedienstetenschutzgesetzes 2003 - TBSG 2003, LGBl. Nr. 75/2003, für die Sicherheit und den Schutz des Bediensteten bei der Arbeit zu sorgen und alle Maßnahmen zu treffen, die für die Sicherheit und den Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Bediensteten nach Art und Ausmaß der jeweiligen Gefährdung erforderlich ist. Neben diesen allgemeinen Schutzbestimmungen treten die besonderen Schutzmaßnahmen nach § 2 des Tiroler Mutterschutzgesetzes 2005 - TMSchG 2005, LGBl. Nr. 63/2005, für werdende Mütter in Kraft. Gerade im Umgang mit Kindern - insbesondere im Alter von 0 bis 6 Jahren - besteht ein erhöhtes Risiko der Infektion mit Erregern von Kinderkrankheiten und sonstigen Infektionskrankheiten wobei für den Mutterschutz folgende Infektionserreger besonders bedeutsam sind:

- Infektionserreger bei denen durch die Infektion eine Fruchtschädigung bzw. eine Infektion des Kindes während der Geburt mit nachfolgender Erkrankung möglich ist

- Infektionserreger die aufgrund der anzuwendenden therapeutischen Maßnahmen zu einer Gesundheitsgefährdung führen
- Infektionserreger durch die schwere komplizierte Krankheitsverläufe bei werdenden Müttern hervorgerufen werden können und dadurch das Kind im Mutterleib gefährdet wird.

Das Impfen ist die wirksamste Maßnahme, um die werdende Mutter und das Kind im Mutterleib vor bestimmten Infektionskrankheiten und dadurch verursachten Schädigungen zu schützen (zB. vor einer Schwangerschaft: Röteln, Masern, Mumps, Windpocken, Hepatitis A und B und während einer Schwangerschaft: Mehrfachimpfstoff mit Keuchhustenkomponente, ggf. Influenza-Impfung). Es gibt aber auch Erkrankungen, für die keine Impfung zur Verfügung steht (zB. Ringelröteln, Scharlach, Zytomegalie).

Informationen zu Impfungen bei Kinderwunsch finden Sie unter: www.impfen.tirol

Aus aktuellem Anlass wird in weiterer Folge im Besonderen auf das Zytomegalievirus eingegangen.

2. Das Zytomegalievirus:

Das Zytomegalievirus (CMV) ist ein menschliches Herpesvirus und ist weltweit verbreitet. Es gilt als häufigster viraler Erreger einer angeborenen Infektion. In Deutschland sind ca. 47% der Schwangeren bereits zu Beginn der Schwangerschaft infiziert. Der Anteil der frischen Infektionen in der Schwangerschaft beträgt in Deutschland ca. 0,5%.

Insbesondere Kleinkinder bis zum 3. Lebensjahr können nach einer angeborenen oder nach einer nach der Geburt erworbenen CMV-Infektion größere Virusmengen ausscheiden. Die Virusausscheidung wird bei einigen angeborenen CMV-Infektionen bis zum 8. Lebensjahr beobachtet. Diese Gruppe birgt somit ein Risiko als Ansteckungsquelle für nicht immune Frauen kurz vor Schwangerschaftseintritt bzw. nicht immune Schwangere sowie immunsupprimierte Personen.

Das Virus kann in Tränenflüssigkeit, Speichel, Urin, Genitalsekret sowie Muttermilch und Blut enthalten sein. Somit kann das Virus bei Kontakt mit infektiösen Körperflüssigkeiten übertragen werden. Während der Stillperiode wird CMV von nahezu allen seropositiven Frauen mit der Milch ausgeschieden und geht mit einer Häufigkeit von ca. 35% auf die Kinder über.

Bei immunkompetenten Personen verläuft eine CMV-Infektion in den meisten Fällen unauffällig oder als grippaler Infekt. Frauen, die sich während der Schwangerschaft mit CMV infizieren, weisen mehrheitlich (ca. 75%) keine Symptome auf.

Bei Neugeborenen oder Personen mit angeborenem oder erworbenem Immundefekt sowie unter immunsuppressiver Therapie kann die Infektion Komplikationen hervorrufen und zahlreiche Organsysteme schädigen. Hierzu zählen insbesondere die Lunge mit der Gefahr der Entstehung einer Lungenentzündung, die Leber, der Darm und das Auge, bei dem es zu einem Befall der Netzhaut mit Erblindung kommen kann. Bei Neugeborenen, die während der ersten 3 Monate der Schwangerschaft infiziert wurden, können mit einer ca. 10%igen Wahrscheinlichkeit Wachstumsverzögerungen, und insbesondere bleibende Hörschäden auftreten. Darüber hinaus werden häufig neurologische Spätschäden beobachtet.

Kontakt seronegativer Schwangerer zu Kleinkindern:

Für beruflich exponierte nicht im Vorfeld bereits infizierte Schwangere mit engem Kontakt zu Kleinkindern ist es sehr wichtig, dass eine konsequente, sorgfältige Händehygiene durchgeführt wird, um die Wahrscheinlichkeit einer Virusübertragung so gering wie möglich zu halten.

Zur Verringerung des Übertragungsrisikos während der Schwangerschaft insbesondere bei Kontakt zu Kindern sollte unbedingt auf die Einhaltung folgender Hygienemaßnahmen geachtet werden: Nach möglicher Exposition wie z.B. Windelwechsel, Waschen, Füttern, Tränen abwischen, Nase putzen und Kontakt mit Spielzeug, das in den Mund genommen wurde, sollte eine gründliche Händehygiene durchgeführt werden. Im privaten Bereich ist dafür die Waschung mit Wasser und Seife die erste Wahl. Bei Beschäftigten in Einrichtungen des Gesundheitswesens sollten die Hände in jedem Fall mit einem alkoholischen Händedesinfektionsmittel mit nachgewiesener begrenzter viruzider Wirksamkeit desinfiziert werden. Küssen auf den Mund sollte unterbleiben, da auch hierdurch das Virus übertragen werden kann. Darüber hinaus sollten Geschirr, Besteck wie auch Zahnbürsten, Handtücher und Waschlappen nicht gemeinsam benutzt werden.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich auf der Homepage des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz:

https://www.arbeitsinspektion.gv.at/inspektorat/Persongruppen/Werdende_und_stillende_Muetter/;jsessionid=580E20F1C85C664A96F1EEAC3F91DFA8.bmsk

3. Dienstrechtliche Vorgehensweise:

Der Dienstgeber hat aufgrund der Meldung einer Schwangerschaft eine besondere Gefahrenbeurteilung nach § 2 TMSchG 2005 für Arbeitsplätze, an denen Frauen beschäftigt werden, vorzunehmen. Gerade die geschilderte erhöhte Infektionsgefahr in Kinderbetreuungseinrichtungen ist vom Gefahrenbegriff des § 2 Abs. 2 TMSchG 2005 erfasst. Wenn nunmehr derartige Gefahren für die Sicherheit und Gesundheit von werdenden Müttern oder mögliche nachteilige Auswirkungen auf die Schwangerschaft bestehen, so hat der Dienstgeber nach § 3 TMSchG 2005 diese Gefahren

und Auswirkungen durch eine Änderung der Beschäftigung auszuschließen. Ist eine Änderung der Arbeitsbedingungen aus objektiven Gründen nicht möglich oder dem Dienstgeber oder der Dienstnehmerin nicht zumutbar, so ist die Dienstnehmerin auf einem anderen Arbeitsplatz zu beschäftigen. Besteht kein geeigneter Arbeitsplatz, so ist die Dienstnehmerin vom Dienst freizustellen.

Bei fehlender und nicht geklärter Immunität der Bediensteten in der Kinderbetreuungseinrichtung ist die Bedienstete bis zur Klärung der Immunität vorläufig vom Dienst freizustellen, sofern Kinder vor dem 3. Geburtstag betreut werden oder ein enger Körperkontakt zu betreuten Kindern gegeben ist. Ein enger Körperkontakt sowie die Begleitung zur Toilette, Wickeln (auch bei älteren, z. B. inkontinenten Kindern) sind jedenfalls zu vermeiden. Zur Feststellung der Immunität der schwangeren Bediensteten hat der Dienstgeber im Rahmen seiner Fürsorgepflicht zunächst den

Immunitätsstatus der Bediensteten festzustellen.

Dies kann nur dadurch erfolgen, dass die Bedienstete - allenfalls aufgrund einer Anordnung des Dienstgebers - ihren Immunitätsstatus ärztlich überprüfen lässt und den Nachweis dem Dienstgeber zur weiteren Beurteilung zu übermitteln hat. Solange die Immunität nicht geklärt ist, sind die Bediensteten jedenfalls vom Dienst freizustellen. Wenn im Ergebnis die Immunität der Bediensteten ärztlich festgestellt wird, kann die Bedienstete ihren Dienst unter Beachtung der besonderen Hygienemaßnahmen fortsetzen. Bei fehlender Immunität kommt es zum vorzeitigen Mutterschutz nach § 4 Abs. 2 TMSchG 2005. Dieser vorzeitige Mutterschutz kann aufgrund der gesetzlichen Regelung nur durch den Amtsarzt angeordnet werden.

*Dr. Anita Luckner-Hornischer, Abt.
Landessanitätsdirektion*

Dr. Nicola Fleck, Abt. Gemeinden

38.

Information zur Korruptionsprävention

Das Phänomen der Korruption ist in den vergangenen Jahren zu Recht - nicht zuletzt auch durch die Veränderungen einschlägiger strafrechtlicher Bestimmungen - verstärkt in den Fokus der medialen Berichterstattung und damit der öffentlichen Diskussion geraten.

Korruption verursacht enorme materielle wie immaterielle Schäden. Korruption kann als eine Form von sozialer Beziehung verstanden werden, von der sich die Beteiligten individuelle Vorteile versprechen, die letztlich aber zu Lasten der gesamten Gesellschaft gehen.

Was ist Korruption?

Korruption ist „der Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil“ (*Transparency International, et al.*).

Korruption ist demnach der Missbrauch einer überantworteten Macht oder Entscheidungsbefugnis, verbunden mit der Absicht, einen ungerechtfertigten Vorteil zu erlangen. Korruption ist ein Phänomen, das alle Bereiche der Gesellschaft erfasst und verheerende Folgen

auf sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ebene hat. Korruption kann im großen oder im kleinen Stil betrieben werden. (siehe dazu die Information des Bundesamtes zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung [BAK], abrufbar unter https://www.bak.gv.at/301/files/Informationen_und_Empfehlungen_fuer_Verwaltung_und_Exekutive.pdf [17.04.2019]).

Gesetzliche Grundlagen Geschenkkannahme

Dem Vertragsbediensteten ist es gemäß § 13 Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 - G-VBG 2012, LGBl. Nr. 119/20011, untersagt, bei der Besorgung seiner dienstlichen Aufgaben oder im Zusammenhang damit für sich oder einen Dritten ein Geschenk, einen anderen Vermögensvorteil oder sonstige Vorteile zu fordern, anzunehmen oder sich versprechen zu lassen.

Ausgenommen vom Verbot nach Abs. 1 ist die Annahme von

a) ortsüblichen oder landesüblichen Aufmerksamkeiten

von geringem Wert und

b) Gegenständen, die dem Vertragsbediensteten von Staaten, öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Traditionsinstitutionen für Verdienste oder aus Courtoisie übergeben werden (Ehregeschenke).

Der Vertragsbedienstete hat den Dienstgeber von der Annahme eines Ehregeschenkens unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Ehregeschenke von geringem oder lediglich symbolischem Wert können dem Vertragsbediensteten zur persönlichen Nutzung überlassen werden. Im Übrigen sind Ehregeschenke als Gemeindevermögen zu erfassen und zu veräußern. Der Erlös ist zu vereinnahmen und für Wohlfahrtszwecke zugunsten der Bediensteten oder für sonstige karitative Zwecke zu verwenden.

Das Verbot der Geschenkkannahme für Beamte wurde im § 22 Abs. 1 Gemeindebeamtengesetz 1970, LGBl. Nr. 9/1970, nahezu gleichlautend geregelt.

Geschenkkannahme:

Der Übergang von korrektem Verhalten zu Korruption und Amtsmissbrauch ist oft fließend und schon kleine Gefälligkeiten oder Aufmerksamkeiten können gezielt eingesetzt werden, um Behördenvertreter moralisch abhängig zu machen. In der nachfolgenden Aufstellung wird die Geschenkkannahme näher erläutert:

- Eine Geschenkkannahme liegt nur vor, wenn diese im Hinblick auf die amtliche Stellung des Bediensteten erfolgt. Darunter fallen Zuwendungen, die der Bedienstete nur deswegen erhält, weil er öffentlich Bediensteter ist. Dadurch soll die Abgrenzung zum Privatleben des Bediensteten gezogen werden: z.B. sind Geburtstagsgeschenke aus dem Freundeskreis selbstverständlich erlaubt.
- Unter das Verbot der Geschenkkannahme fallen nicht nur Zuwendungen im Zusammenhang mit einer konkreten Amtshandlung oder Unterlassung, sondern bereits solche, die dazu dienen, ein Klima der Gewogenheit aufzubauen, z.B. ein Geschenkkorb zum Jahreswechsel, auch wenn im vergangenen Jahr gar kein dienstlicher Kontakt mit dem Schenker bestand.
- Eine einheitliche Grenze, ab welchem Geldwert von einer Geschenkkannahme gesprochen werden kann, besteht nicht. Ausdrücklich erlaubt ist nur die Annahme orts- oder landesüblicher Aufmerksamkeiten von geringem Wert, das sind z.B. Reklameblöcke und

-kugelschreiber etc. Bei diesen Gegenständen ergibt sich schon auf Grund ihres Charakters, dass ein nennenswerter materieller Wert praktisch nicht in Betracht kommt. Hingegen wird z.B. bereits bei einer Flasche Cognac ein handelsüblicher Wert anzunehmen sein, sodass von einer orts- oder landesüblichen Aufmerksamkeit von geringem Wert nicht mehr gesprochen werden kann.

- Ehregeschenke dürfen entgegengenommen werden, z.B. wenn dem Behördenvertreter anlässlich der Einweihung einer Feuerwehrspritze ein bemalter Teller überreicht wird. Es besteht jedoch eine Meldepflicht an die Dienstbehörde, welche die Annahme untersagen und den Bediensteten damit zur Rückgabe verpflichten kann.

Rechtsfolgen

1. In dienstrechtlicher Hinsicht stellt der Verstoß gegen das Verbot der Geschenkkannahme eine Dienstpflichtverletzung dar. Als Sanktion ist auf Grund der dienstrechtlichen Vorschriften bei Beamten die Einleitung eines Disziplinarverfahrens, bei Vertragsbediensteten die Entlassung vorgesehen.
2. Darauf hingewiesen wird, dass unabhängig von allfälligen dienstrechtlichen Konsequenzen folgende strafrechtliche Korruptionstatbestände des Missbrauchs der Amtsgewalt (§ 302 StGB), der Bestechlichkeit (§ 304 StGB), der Vorteilsannahme (§ 305 StGB) oder der Vorteilsannahme zur Beeinflussung (§ 306 StGB) verwirklicht sein können. Bei einem derartigen Verdacht wird die Strafanzeige erstattet.

Schutz gegen Korruption

Die Korruptionsbekämpfung muss umfassend und auf mehreren Ebenen stattfinden, um erfolgreich zu sein. Es sind also vielerlei Maßnahmen zur Vorbeugung (Prävention und Edukation) und Zurückdrängung (Repression) von Korruption notwendig.

Mit der Beachtung folgender Grundsätze können Sie sich vor Korruptionsverdacht schützen:

Integres Verhalten: Verhalten Sie sich als Bediensteter den Werten des Landes Tirols entsprechend!

Transparenz: Achten Sie darauf, dass Ihre Entscheidungen nachvollziehbar sind und vermeiden Sie jeden Anschein von Befangenheit!

Geschenke und Vorteile: Verzichten Sie auf die Annahme von Geschenken und Einladungen, die Ihnen im Dienst angeboten werden!

Interessenskonflikte: Trennen Sie strikt Dienst und Privatleben! Melden Sie Nebenbeschäftigungen und vermeiden Sie diese bei möglicher Befangenheit!

Amtsverschwiegenheit: Beachten Sie die Amtsverschwiegenheit und bedenken Sie, dass diese auch behördenintern gilt!

Vorbildwirkung: Zeigen Sie durch Ihr Verhalten, dass Sie Korruption im Kollegen- und Mitarbeiterkreis weder dulden noch ignorieren!

(Siehe dazu die Information des Bundesamtes zur

Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung [BAK aao).

Verhalten des Bediensteten

Auf Grund der zunehmenden Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist die Frage der Geschenkannahme mit größter Vorsicht zu behandeln. Im Zweifel ist die Annahme von Geschenken zu verweigern. Ist dies in der Praxis nicht möglich, weil z.B. das Geschenk an der Dienststelle abgegeben wurde, wird empfohlen, das Geschenk einer Einrichtung (Kinderbetreuungseinrichtung, Wohn- und Pflegeheim etc.) zur Verfügung zu stellen und den Vorgesetzten entsprechend zu informieren.

39.

Information für die Tiroler Gemeinden zum Freizeitwohnsitzabgabegesetz (TFWAG)

1. Ziel des Freizeitwohnsitzabgabegesetzes

Was ist das Ziel der Freizeitwohnsitzabgabe?

Freizeitwohnsitze werden bei den Abgabenertragsanteilen des Bundes nicht berücksichtigt. Dennoch entstehen den Gemeinden durch Freizeitwohnsitze Kosten. Die Freizeitwohnsitzabgabe ermöglicht eine zusätzliche Einnahmequelle für Gemeinden zur Abdeckung der Kosten für Infrastruktur und Verwaltungseinrichtungen.

Muss die Gemeinde über die Freizeitwohnsitzabgabe informieren?

Auch wenn es keine Informationspflicht im TFWAG gibt, wird den Gemeinden empfohlen die Bevölkerung, insbesondere potenzielle Abgabenschuldner, von der Freizeitwohnsitzabgabe zu informieren.

2. Pflicht zur Erhebung einer Verordnung und der Einhebung der Abgabe

Muss die Gemeinde die Freizeitwohnsitzabgabe tatsächlich einheben?

Ja. Die Freizeitwohnsitzabgabe ist eine **verpflichtend einzuhebende Gemeindeabgabe** (siehe § 1 Abs. 1 TFWAG).

Muss die Verordnung über die Höhe einer Freizeitwohnsitzabgabe vom Gemeinderat beschlossen werden?

Ja. Die Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe ist durch eine Verordnung des Gemeinderates zu beschließen.

Bis wann muss die Verordnung über die Höhe einer Freizeitwohnsitzabgabe beschlossen werden?

Die Verordnung über die Höhe einer Freizeitwohnsitzabgabe ist **noch im Jahr 2019** (ab der Kundmachung des TFWAG) **zu beschließen**. Dabei muss die Verordnung mit 01.01.2020 in Kraft treten.

Es wird daher empfohlen die Verordnung vorzeitig zu beschließen.

- Verordnungsentwürfe können zur Vorprüfung an die Abt. Gemeinden übermittelt werden.
- Kundgemachte Verordnungen sind der Abteilung Gemeinden zur Bekanntgabe an die Tiroler Landesregierung (§ 122 TGO) zu übermitteln. Dabei sind ein Auszug aus der Niederschrift des Gemeinderates, aus dem die Anwesenheits- und Beschlussfassungsverhältnisse betreffend die Verordnung hervorgehen, sowie die Übermittlung eines vollständig ausgefüllten Kundmachungsvermerks vorzulegen.

Wann muss die Verordnung über die Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe in Kraft treten?

Die Verordnung hat mit 01.01.2020 in Kraft zu treten.

Gibt es Mindest- und Höchstgrenzen für die Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe?

Ja. Gemäß § 4 Abs. 3 TFWAG ist die Höhe der jährlichen Abgabe abhängig von der Nutzfläche des Freizeitwohnsitzes mit Verordnung des Gemeinderates festzulegen wie folgt:

- a. bis 30 m² mit mindestens 100,- Euro und höchstens 240,- Euro,
- b. von mehr als 30 m² bis 60 m² mit mindestens 200,- Euro und höchstens 480,- Euro,
- c. von mehr als 60 m² bis 90 m² mit mindestens 290,- Euro und höchstens 700,- Euro,
- d. von mehr als 90 m² bis 150 m² mit mindestens 420,- Euro und höchstens 1.000,- Euro,
- e. von mehr als 150 m² bis 200 m² mit mindestens 590,- Euro und höchstens 1.400,-Euro,
- f. von mehr als 200 m² bis 250 m² mit mindestens 760,- Euro und höchstens 1.800,- Euro,
- g. von mehr als 250 m² mit mindestens 920,- Euro und höchstens 2.200,- Euro.

An diese Wertgrenzen ist die Gemeinde gebunden.

Kann die Gemeinde für Gebiete innerhalb der Gemeinde unterschiedliche Abgabenhöhen vorsehen?

Ja. Da in manchen Gemeinden innerhalb des Gemeindegebietes der Verkehrswert der Liegenschaften je nach örtlicher Situierung erheblich abweichen kann, hat die Gemeinde nach § 4 Abs. 3 TFWAG die Möglichkeit, die Höhe der Abgabe für einzelne Teile des Gemeindegebietes unterschiedlich festzusetzen. Dabei ist der Teil des Gemeindegebietes genau zu bezeichnen, beispielsweise ist der Name der jeweiligen Ortschaft anzuführen oder es ist der Teil des Gemeindegebietes in einer Anlage zur Verordnung planlich darzustellen.

Wie hoch soll der Gemeinderat die Eurobeträge bei Erlassung der Verordnung über die Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe innerhalb der Kategorien (a-g) festlegen?

Bei der Festlegung der Abgabenhöhe soll zum einen auf den Verkehrswert der Liegenschaften in der Gemeinde abgestellt werden. Soweit der Verkehrswert nicht anderweitig bestimmt werden kann, so können für dessen Ermittlung der jährlich erscheinende Immobilien-Preisspiegel der Wirtschaftskammer oder die Basispreise für das Grundstücksrasterverfahren, abrufbar auf der

Internetseite des Bundesministeriums für Finanzen (www.bmf.gv.at/budget/finanzbeziehungen-zu-laendern-und-gemeinden/basispreise.html), herangezogen werden. Als weiteres Kriterium sollen zum anderen die finanziellen Belastungen der Gemeinde, die durch Freizeitwohnsitze entstehen und insbesondere nicht durch Benützungsgebühren oder Interessentenbeiträge abgegolten werden, berücksichtigt werden. Diese Belastungen müssen objektiv feststellbar und ihre Berücksichtigung muss bei der Festsetzung der Abgabe sachlich gerechtfertigt sein.

Beispiel: Die Immobilienpreise in der Gemeinde X zählen nach dem Immobilien-Preisspiegel zu den höchsten in ganz Tirol. Würde die Gemeinde X die Höhe der Abgabe in den einzelnen Kategorien im unteren Drittel festsetzen, wäre dies sachlich nicht gerechtfertigt.

Hat die Gemeinde die durch die Freizeitwohnsitzabgabe eingenommenen Gelder abzuführen?

Nein. Die Freizeitwohnsitzabgabe ist eine ausschließliche Gemeindeabgabe. Daher verbleiben diese Gelder der Gemeinde. Es besteht auch keine Zweckwidmung, d.h. die Abgabenerträge können frei verwendet werden.

Was passiert, wenn die Gemeinde keine Verordnung über die Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe beschließt oder die Freizeitwohnsitzabgabe nicht „einhebt“?

Damit verstoßen der Bürgermeister und/oder die Gemeinderäte gegen das TFWAG. Diese Unterlassung ist nach dem TFWAG gesetzwidrig. Ein Untätigbleiben kann den Tatbestand des Amtsmisbrauches § 302 Strafgesetzbuch) verwirklichen.

3. Abgabengegenstand

Was versteht man unter einem Freizeitwohnsitz und was bedeutet die Verwendung eines Freizeitwohnsitzes?

Damit ein Abgabengegenstand nach dem TFWAG vorliegt, muss es sich um ein Objekt handeln, welches im Sinne einer Wohnnutzung als Freizeitwohnsitz verwendet werden kann (**Nutzbarkeit**) und die konkrete Verwendung als Freizeitwohnsitz (**Nutzung**).

Was ein Freizeitwohnsitz ist, wird in § 1 Abs. 2 TFWAG definiert. Diese Definition entspricht § 13 Abs. 1 TROG 2016. Hinzu kommt noch, dass der Wohnsitz tatsächlich als Freizeitwohnsitz verwendet wird.

Wie geht die Gemeinde bei Unklarheit über das Vorliegen bei einem Freizeitwohnsitz bzw. bei der Freizeitwohnsitzabgabe vor?

Bestehen für die Gemeinde Zweifel oder Unklarheiten betreffend das Vorliegen eines Freizeitwohnsitzes oder bezüglich der Abgabe selbst, so kann die Gemeinde den potentiellen Abgabenschuldner zur Vorlage einer Abgabenerklärung samt Unterlagen auffordern (§ 6 TFWAG).

Beispiele von Unklarheiten:

- Ein Gebäude ist nicht im Freizeitwohnsitzverzeichnis (§ 14 TROG 2016) eingetragen. Es wird jedoch eine Nutzung als Freizeitwohnsitz vermutet. Liegen Indizien vor, wie z.B. ein geringer Wasserverbrauch, muss ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden.
- Die Höhe der übermittelten Abgabe ist nicht plausibel.

Wie geht die Gemeinde bei Vermutung einer Freizeitwohnsitznutzung ohne Eintragung in das Freizeitwohnsitzverzeichnis vor?

Die Gemeinde hat den konkreten Sachverhalt zu ermitteln. Bestätigt es sich dabei, dass es sich um eine Freizeitwohnsitznutzung handelt, hat sie mittels Bescheid die Freizeitwohnsitzabgabe vorzuschreiben. Gegebenenfalls ist auch eine Anzeige an die Bezirkshauptmannschaft zu erstatten, welche ein Strafverfahren nach § 13a TROG 2016 einleiten muss.

Wird in einem solchen Strafverfahren die unzulässige Verwendung eines Objektes als Freizeitwohnsitz festgestellt, so kann die Gemeinde, wenn kein selbstberechneter Betrag bekannt gegeben wird, die Freizeitwohnsitzabgabe nach § 201 Abs. 2 Z 3 der Bundesabgabenordnung vorschreiben, soweit noch nicht die fünfjährige Frist für die Bemessungsverjährung eingetreten ist. Bei Feststellung der Hinterziehung der Abgabe in einem Strafverfahren nach dem Tiroler Abgabengesetz gilt eine zehnjährige Frist für die Bemessungsverjährung.

Was ist nicht als Freizeitwohnsitz anzusehen?

In § 2 TFWAG werden Gastgewerbebetriebe, Kur- und Erholungsheime, Ferienwohnungen und Wohnräume zur Privatzimmervermietung unter bestimmten Voraussetzungen explizit ausgenommen. Auch die Ausnahmen sind identisch mit § 13 Abs. 1 und 2 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016.

Ist eine Jagdhütte, eine Almhütte oder ein Schrebergarten ein Freizeitwohnsitz?

Ob ein Gebäude, eine Wohnung oder ein Gebäudeteil als Freizeitwohnsitz anzusehen ist, ist anhand der Definition des Freizeitwohnsitzes in § 1 Abs. 2 TFWAG **jeweils für den konkreten Einzelfall zu beurteilen**.

Objekte, welche an sich aufgrund ihrer geringen Größe, Ausgestaltung oder minimalen Einrichtung für Wohnzwecke nicht geeignet sind, kommen als Freizeitwohnsitze nicht in Betracht. Kleinstgebäude wie etwa Jagd- und Fischereihütten (der in § 41 Abs 2 lit. c TROG 2016 genannten Art) oder auch vergleichbar kleine Schrebergartenhäuser oder Kochhütten, die im Hinblick auf ihre minimale Einrichtung für Wohnzwecke **an sich ungeeignet sind**, kommen als Freizeitwohnsitze üblicherweise eher nicht in Betracht.

Ist ein Pendler abgabepflichtig?

Wenn eine Person zwischen zwei Unterkünften (Hauptwohnsitz und Nebenwohnsitz) berufsbedingt pendelt, der Freizeitwohnsitz nicht den Anforderungen des § 1 Abs. 2 TFWAG entspricht und somit nicht zum Aufenthalt während des Urlaubs, der Ferien, des Wochenendes oder sonst zu Erholungszwecken verwendet wird, ist folglich keine Freizeitwohnsitzabgabe zu entrichten.

Ist für eine leerstehende Wohnung eine Freizeitwohnsitzabgabe zu entrichten?

Eine leerstehende Wohnung, welche nicht zu Erholungszwecken in Anspruch genommen wird, fällt nicht unter den Abgabentatbestand des TFWAG. Jedoch ist jeder Fall einzeln für sich zu betrachten und die konkrete Nutzung zu erörtern.

Benützungsverbot

Wenn die weitere Benützung eines Freizeitwohnsitzes durch die Behörde im Sinne der TBO 2018 untersagt wird, ist ab dem Wirksamwerden des Benützungsverbotess keine Abgabe mehr zu leisten.

4. Einhebung der Abgabe

Wie bemisst ein Abgabenschuldner die Freizeitwohnsitzabgabe?

Die Freizeitwohnsitzabgabe ist eine Selbstbemessungsabgabe. Das heißt, dass nicht die Gemeinde, sondern der **Abgabenschuldner selbst die Abgabe zu bemessen und**

bis 30. April eines jeden Jahres an die Gemeinde zu entrichten hat.

Zuerst hat der Abgabenschuldner die Nutzfläche seines Freizeitwohnsitzes zu ermitteln.

Die Nutzfläche wird in Quadratmeter berechnet. Sie ergibt sich aus der Bodenfläche abzüglich der Wandstärken und der im Verlauf der Wände befindlichen Durchbrechungen und Ausnehmungen. Bei der Berechnung der Nutzfläche sind nicht zu beachten:

- Keller- und Dachböden, wenn sie nicht für Wohn- oder Geschäftszwecke geeignet sind,
- Treppen,
- offene Balkone,
- Loggien,
- Terrassen,
- für landwirtschaftliche oder gewerbliche Zwecke spezifisch ausgestattete Räume.

Nachdem der Abgabenschuldner die Nutzfläche ermittelt hat, stellt er die konkrete Höhe seiner Freizeitwohnsitzabgabe fest, indem er die Verordnung des Gemeinderates über die Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe heranzieht. Durch die festgestellte Anzahl der Quadratmeter der Nutzfläche kann der Abgabenschuldner seinen Freizeitwohnsitz einer Kategorie (a bis g) zuordnen und erhält dadurch die Höhe der Abgabe in Euro.

Wie bemisst der Abgabenschuldner die Nutzfläche?

Die Nutzfläche ist nach den der Baubewilligung bzw. -anzeige und allfälligen Änderungen zugrunde liegenden Unterlagen zu berechnen, außer das tatsächliche Ausmaß weicht um mehr als 3 % davon ab (siehe § 4 Abs. 2 TFWAG).

Losgelöst vom Abgabeverfahren ist bei bau- und raumordnungsrechtlichen Fragen betreffend die Nutzfläche des Freizeitwohnsitzes auf den jeweiligen Feststellungsbescheid abzustellen.

Wie oft hat der Abgabenschuldner die Freizeitwohnsitzabgabe zu entrichten?

Der Abgabenschuldner hat die Abgabe **einmal pro Jahr** zu entrichten.

Wann entsteht der Abgabeananspruch?

Grundsätzlich entsteht der Abgabeananspruch mit Beginn

des Kalenderjahres.

Werden Freizeitwohnsitze während des Jahres neu errichtet (z.B. Neubau eines Freizeitwohnsitzes), so entsteht der Abgabeananspruch mit Beginn des Monats, in dem die Anzeige über die Bauvollendung bei der Baubehörde eingelangt ist.

Wird die Nutzung des Freizeitwohnsitzes erst während des Jahres begründet, so entsteht der Abgabeananspruch mit Beginn des Monats, in dem die Freizeitwohnsitznutzung begonnen hat.

Wer hat die Abgabe zu entrichten?

Grundsätzlich ist der Eigentümer des Grundstückes, auf dem sich der Freizeitwohnsitz befindet, Abgabenschuldner (§ 3 TFWAG). Befindet sich der Freizeitwohnsitz auf fremdem Gut, ist der Eigentümer des Freizeitwohnsitzes, im Fall eines Baurechtes der Bauberechtigte Abgabenschuldner.

Wird ein Vertrag, wie z.B. ein Miet- oder Pachtvertrag, zwischen dem Eigentümer und dem Inhaber (z.B. Mieter oder Pächter) über den Freizeitwohnsitz unbefristet oder länger als ein Jahr abgeschlossen, dann ist der Inhaber des Freizeitwohnsitzes und nicht der Eigentümer abgabepflichtig. Die Pflicht zur Entrichtung der Abgabe entsteht dabei mit Beginn dieses Dauerschuldverhältnisses.

-> Für die Entstehung des Abgabeananspruches ist es unerheblich, ob die Verwendung als Freizeitwohnsitz nach den Bestimmungen des TROG 2016 zu Recht erfolgt.

Zu beachten ist, dass mit der Entrichtung der Freizeitwohnsitzabgabe ein illegaler Freizeitwohnsitz nicht legalisiert wird.

Der Abgabeananspruch entsteht erst nach dem 1. Jänner eines Jahres. Wann hat der Abgabenschuldner die Abgabe zu bemessen und zu entrichten?

Entsteht der Abgabeananspruch erst nach Jahresbeginn, so hat der Abgabenschuldner bis 30. April des Folgejahres die Abgabe anteilig zu bemessen und zu entrichten.

Beispiel: Herr Müller errichtet in der Gemeinde X ein Haus, das er als Freizeitwohnsitz nutzen wird. Am 20. Juni 2020 langt bei der Gemeinde die Anzeige über die Bauvollendung ein.

Herr Müller hat bis zum 30. April 2021 die Abgabe für das **Jahr 2020 anteilig** und die **gesamte Abgabe für das Jahr 2021** zu bemessen und an die Gemeinde zu entrichten. Maßgeblich für die anteilige Abgabe im Jahr 2020 ist der Monat indem die Anzeige über die Bauvollendung bei der Baubehörde einlangt.

Da der Abgabensanspruch mit dem Beginn des Monats des Einlangens der Anzeige entsteht, hat Herr Müller sieben Monate (Juni bis Dezember 2020) des gesamten Betrages der Jahresabgabe 2020 zu berechnen: (Eurobetrag der Jahresabgabe / 12) X 7.

Was ist die Folge der Unterlassung einer Selbstbemessung oder einer unrichtigen Selbstbemessung?

Wenn der Abgabenschuldner keinen selbst berechneten Betrag bekannt gibt oder wenn sich die bekanntgegebene Selbstberechnung als nicht richtig erweist, kann eine Festsetzung der Abgabe mit Abgabenbescheid (§ 201 Bundesabgabenordnung) durch die Gemeinde erfolgen.

Sind Strafen in Zusammenhang mit der Freizeitwohnsitzabgabe vorgesehen?

Ja. Auf die Freizeitwohnsitzabgabe gelangt das Tiroler Abgabengesetz mit den dort geregelten Straftatbeständen zur Anwendung.

Erfolgt eine Rückerstattung (von Teilen) der Abgabe bei Auflassung bzw. Nutzungsänderung eines Freizeitwohnsitzes?

Ja. Endet der die Abgabepflicht begründende Tatbestand während des Jahres (z.B. ein Freizeitwohnsitz wird nun als Hauptwohnsitz verwendet), so ist eine anteilige Rückerstattung vorgesehen.

Weitere Informationen sind zu finden:

- Gemeindeanwendung im Tirol Portal unter <https://sp.tirol.gv.at/tirol.gv.at/dvtwiki/display/GEM/Freizeitwohnsitzabgabe>
- Merkblatt Mai 2019

40.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	-452.424	333.742	786.166	173,77
Lohnsteuer	22.235.526	23.027.887	792.361	3,56
Kapitalertragsteuer	2.640.360	3.057.286	416.926	15,79
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	660.614	710.659	50.045	7,58
Körperschaftsteuer	242.023	-328.522	-570.544	-235,74
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	207	1.004	798	385,82
Stiftungseingangssteuer	-10.969	3.024	13.993	127,57
Bodenwertabgabe	3.902	4.772	870	22,29
Stabilitätsabgabe	1.272	3.651	2.379	187,06
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	25.320.510	26.813.503	1.492.993	5,90
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	19.280.256	21.428.011	2.147.755	11,14
Tabaksteuer	1.823.980	1.601.325	-222.656	-12,21
Biersteuer	265.714	164.111	-101.602	-38,24
Mineralölsteuer	5.191.630	3.721.487	-1.470.143	-28,32
Alkoholsteuer	120.947	118.138	-2.809	-2,32
Schaumweinsteuer	15.104	14.463	-641	-4,24
Kapitalverkehrssteuern	759	1.017	258	34,01
Werbeabgabe	101.315	99.003	-2.312	-2,28
Energieabgabe	723.886	689.355	-34.530	-4,77
Normverbrauchsabgabe	557.455	577.858	20.403	3,66
Flugabgabe	51.061	59.047	7.987	15,64
Grunderwerbsteuer	11.030.469	10.716.449	-314.020	-2,85
Versicherungssteuer	1.020.035	1.047.561	27.526	2,70
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.250.088	2.280.503	30.415	1,35
KFZ-Steuer	15.046	12.248	-2.797	-18,59
Konzessionsabgabe	171.408	163.932	-7.476	-4,36
Summe sonstige Steuern	42.619.152	42.694.509	75.357	0,18
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	67.939.662	69.508.012	1.568.350	2,31

41.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	27.434.442	29.698.269	2.263.828	8,25
Lohnsteuer	175.418.854	187.792.247	12.373.393	7,05
Kapitalertragsteuer	13.466.296	14.984.710	1.518.415	11,28
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	6.202.454	4.495.841	-1.706.613	-27,52
Körperschaftsteuer	51.752.386	59.473.478	7.721.093	14,92
Abgeltungssteuern Schweiz	-2.310	-16	2.294	99,30
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-42	0	42	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	83.250	9.270	-73.980	-88,86
Stiftungseingangssteuer	532.463	91.975	-440.488	-82,73
Bodenwertabgabe	162.900	503.371	340.471	209,01
Stabilitätsabgabe	672.913	628.730	-44.183	-6,57
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	275.723.604	297.677.876	21.954.272	7,96
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	160.639.463	164.467.932	3.828.469	2,38
Tabaksteuer	12.608.756	12.487.256	-121.500	-0,96
Biersteuer	1.329.877	1.229.608	-100.269	-7,54
Mineralölsteuer	29.212.052	28.007.907	-1.204.145	-4,12
Alkoholsteuer	1.034.230	1.070.586	36.356	3,52
Schaumweinsteuer	168.472	169.439	967	0,57
Kapitalverkehrssteuern	7.433	5.467	-1.965	-26,44
Werbeabgabe	782.324	764.414	-17.910	-2,29
Energieabgabe	7.316.743	6.902.714	-414.029	-5,66
Normverbrauchsabgabe	3.305.142	3.319.634	14.493	0,44
Flugabgabe	568.743	454.532	-114.211	-20,08
Grunderwerbsteuer	75.613.671	84.815.606	9.201.935	12,17
Versicherungssteuer	8.096.870	8.275.842	178.972	2,21
Motorbezogene Versicherungssteuer	14.677.779	15.401.103	723.324	4,93
KFZ-Steuer	397.235	407.742	10.507	2,65
Konzessionsabgabe	1.827.429	1.841.731	14.303	0,78
Summe sonstige Steuern	317.586.218	329.621.515	12.035.296	3,79
Kunstförderungsbeitrag	90.191	90.240	49	0,05
Gesamtsumme	593.400.014	627.389.631	33.989.617	5,73
Zwischenabrechnung	-8.995.968	7.337.103	16.333.071	181,56
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	584.404.046	634.726.734	50.322.689	8,61

VERBRAUCHERPREISINDEX		
FÜR JUNI 2019		
(vorläufiges Ergebnis)		
	Mai 2019	Juni 2019
	(endültig)	(vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	106,7	106,8
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	118,1	118,2
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	129,3	129,4
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	143,0	143,1
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	150,4	150,6
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	196,8	196,9
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	305,8	306,1
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	536,7	537,2
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	683,8	684,5
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	686,1	686,7
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Juni 2019 beträgt 106,8 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat Mai 2019 um 0,1 Punkte gestiegen (Mai 2019 gegenüber April 2019 + 0,2 Punkte). Gegenüber Juni 2018 ergibt sich eine Steigerung um 1,7 Punkte (+ 1,6 %), für Mai 2019/2018 um 1,8 Punkte (+ 1,7 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck